

2 Kontextuelle Verortung des BGS/der BPOL – Bestimmungen, Abgrenzungen, Entwicklungen

Zunächst bedarf es der inhaltlichen Annäherung an den BGS/die BPOL und ihre Entwicklung. Dazu wird die Organisation in dreifacher Hinsicht kontextuell eingeordnet:

1. als eine Organisation im Feld der Inneren Sicherheit⁵ (sachlicher/synchroner Kontext),
2. im Rahmen der Entwicklung von Sicherheitslagen und anderen deutschen Polizeiorganisationen seit 1949 (zeitlicher/diachroner Kontext) sowie
3. als Gegenstand der Forschung (wissenschaftlicher Kontext).

2.1 Die Organisation BPOL

Die deutsche BPOL ist eine von mehreren Polizeiorganisationen in Deutschland, die sich bzgl. ihrer Zuständigkeiten von anderen deutschen Polizeiorganisationen des Bundes (z.B. das BKA) und denen der Länder unterscheidet. Sie wird z.B. auch als eine Polizeiorganisation mit „sonderpolizeilichem“ Charakter beschrieben (vgl. Winkeler 2005). Die BPOL gehört gegenwärtig mit mehr als 40.000 Beschäftigten zu den größten Polizeien Deutschlands. Sie ist für verschiedene Aufgabenbereiche zuständig und verantwortlich, die ihr zum Teil aber erst im Laufe ihres mehr als 60jährigen Bestehens zugewiesen wurden (vgl. z.B. Wagner 2011; Winkeler 2005).

Als originäre Aufgabe ist der Grenzschutz zu nennen, den die Organisation bereits seit der Gründung im Jahr 1951 übernahm. Dabei nimmt die BPOL heute Grenzüberwachungs-, Kontroll- und Grenzfahndungsaufgaben im Bundesgebiet sowie insbesondere in den Grenzregionen Deutschlands wahr. Sie ist dort für die Gefahrenabwehr zuständig (vgl. Bundespolizei o.J.). Darüber hinaus ist die

5 Das ‚Feld der Inneren Sicherheit‘ wird hier als ein feststehender Begriff behandelt, woraus sich die Schreibweise ergibt.

BPOL seit 1992 zuständig für kritische Infrastrukturen⁶ in den Bereichen Transport und Verkehr, d.h. bahnpolizeiliche Aufgaben und Luftsicherheit. Im ersteren Bereich ist es Aufgabe der Polizeivollzugsbeamten (PVB) der BPOL, Gefahren „für die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes“ (§ 3 BPOLG) abzuwehren. Im Hinblick auf die Luftsicherheit ist es Aufgabe der BPOL, die Sicherheit des Luftverkehrs zu gewährleisten (vgl. § 4 BPOLG). Weitere Aufgaben sind der Schutz von Bundesorganen seit den 1970ern (insbesondere der Verfassungsorgane des Bundes und der Bundesministerien) (vgl. § 5 BPOLG), Aufgaben auf See (vgl. § 6 BPOLG) sowie seit 1968 die Aufgaben im Notstands- und Verteidigungsfall (vgl. § 7 BPOLG).

Von den genannten Aufgaben sind die Verwendungen der BPOL zu unterscheiden. Dazu zählen seit 1989 Verwendungen im Ausland, bei denen die Organisation PVB im Rahmen von polizeilichen oder anderen nichtmilitärischen Aufgaben in Missionen der UN oder der EU entsendet (vgl. § 8 BPOLG) sowie insbesondere seit den 1970er Jahren Verwendungen zur Unterstützung anderer Bundesbehörden, wie das BKA, das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), das Auswertige Amt in Auslandsvertretungen sowie die Polizei des Bundestages, und zur Unterstützung der Bundesländer (vgl. §§ 9–11 BPOLG). Letzteres wird v.a. von den Polizeiverbänden der BPOL wahrgenommen und bezieht sich auf Großlagen wie Großdemonstrationen und Fußballspiele.

Als besondere Organisationseinheiten der BPOL sind neben der Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9; seit 1972), die auf Bundesebene einen ähnlichen Stellenwert hat, wie die SEK auf Landesebene, die BPOL-Fliegergruppe, die Internationale Einsatzeinheit (IEE) für Auslandseinsätze, eine bewaffnete Einheit zur Flugbegleitung („Sky Marshals“) sowie die BPOL See anzuführen. Seit den 1990er Jahren stellt sich die BPOL auch im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung auf und ist somit mittlerweile auch eine schutz- und kriminalpolizeilich tätige Organisation. Wie der Internetauftritt der Organisation ersichtlich werden lässt, ist die BPOL zudem national wie international in unterschiedlichen Bereichen, Kooperationen und Projekten engagiert (vgl. Bundespolizei o.J., unter „Aufgaben und Verwendungen“).

Ähnlich wie die LaPo oder das BKA handelt es sich also um eine Organisation der staatlichen Exekutive. Die BPOL wird somit von allgemein geteilten Vorstellungen über Polizei als Organisation und Institution beeinflusst. Alle Polizeiorganisationen stellen einerseits öffentliche Verwaltungen oder bürokrati-

6 Das BMI definiert kritische Infrastrukturen folgendermaßen: „Kritische Infrastrukturen sind Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.“ (BMI 2009).

sche Apparate und andererseits zur Herstellung und Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung befugte und dafür zuständige Organisationen dar. Sie sind per Gesetz dazu ermächtigt, dies u.U. mittels Anwendung von (physischer) Gewalt durchzusetzen. Während das Militär für die äußere Sicherheit, d.h. die Abwehr von Gefahren und Angriffen von außen, zuständig ist, sind deutsche Polizeiorganisationen für die innere Sicherheit, die Abwehr von Gefahren und die Bekämpfung von Kriminalität, die innerhalb eines Staates erwächst, verantwortlich. Dabei ist davon auszugehen, dass Polizeiarbeit stets fremdbestimmt ist. Da jede Polizei einem Innenministerium nachgeordnet ist, wird sie entsprechend staatlich und politisch beeinflusst (vgl. Wilz 2012:113 f.; Winter 1998:15, 43 ff.).

Damit ist die BPOL in das Feld der Inneren Sicherheit einzuordnen, welches bestimmt wird

„(...) als ein System von staatlichen Institutionen und Einrichtungen, die durch Verfassung und Organe der demokratischen Willensbildung legitimiert sind, das öffentliche Gewaltmonopol im Rahmen rechtlich festgelegter Regeln exekutiv unter Anwendung auch von Zwangsmitteln auszuüben. Innere Sicherheit als Politikfeld weist darauf hin, daß an der zugrunde liegenden Politikproduktion neben den exekutiven Institutionen und Einrichtungen (v.a. Polizei und Staatsanwaltschaften) weitere Akteure beteiligt sind. Zu nennen sind hier die Innenministerien, parlamentarische Institutionen (Bundestag, Landtage, v.a. deren Innenausschüsse), desweiteren Parteien und Verbände (Polizeigewerkschaften) sowie föderale Verhandlungsgremien (Innenministerkonferenz, Ausschüsse des Bundesrates).“ (Lange 1999:16).

Wie aus der Definition ersichtlich wird, ist die BPOL also in eine Art Netzwerk oder ein netzwerkartiges System mit verschiedenen Akteuren, gemeinsamen rechtlichen und normativen Rahmenbedingungen, Institutionen und Rationalitäten eingebunden (vgl. Lange 2000b:242 ff.; Lange 2006a:124 f.; Möllers 2009:134).

Die wichtigsten Akteure, mit denen die Organisation im Feld der Inneren Sicherheit interagiert, werden im Folgenden aufgeführt:⁷

Zum Zentralbereich des Feldes der Inneren Sicherheit zählen, neben der BPOL, weitere staatliche Sicherheitsbehörden, durch die die innere Sicherheit für die Bevölkerung hergestellt und gewährleistet wird. Mit diesen arbeitet die BPOL mehr oder weniger eng zusammen. Auf Bundesebene bestehen v.a. Verbindungen zum BKA und zum BfV, die wie die BPOL dem Bundesinnenministerium (BMI) unterstellt sind. Dies wird allein aus den gesetzlichen Bestimmungen weiter oben ersichtlich, da die BPOL zur personellen Unterstützung anderer Bundesbehörden verpflichtet ist. Das geschieht im Rahmen von Abordnungen

7 Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll lediglich einen Eindruck vermitteln.

des Personals. Beim BKA übernehmen Bundespolizisten z.B. Aufgaben des Personenschutzes, da diese Kräfte aus dem mittleren Dienst (mD) gestellt werden, das BKA allerdings selbst über keine Laufbahn des mD verfügt. Das BfV wird v.a. im Bereich der Funktechnik unterstützt (vgl. Bundespolizei o.J.; BPOLG; Lange/Frevel 2008:119 f., 125 f.; Möllers 2009:145, 161 ff.; Schütte 2006a; Schütte 2006b). Auch zu den Zollbehörden bestehen Verbindungen, da deren Aufgabenbereiche, wie die Bekämpfung illegaler Beschäftigung, Kriegswaffenstraftaten, Wirtschafts- und Rauschgiftkriminalität, teilweise an die Grenzschaufgaben der BPOL angrenzen (vgl. ausführlicher Bußmer 2006; Lange/Frevel 2008:123 ff.; Möllers 2009:138, 147).

Darüber hinaus arbeitet die BPOL im Katastrophenschutz (KatS) mit verschiedenen Akteuren zusammen. Dies bezieht sich auf jegliche Aktivitäten, die durch Akteure des Bundes, der Länder und Kommunen zur Gefahrenabwehr im Rahmen von Katastrophen wie Naturkatastrophen (z.B. Hochwasser, Erdbeben, Tornados), fahrlässig oder bewusst herbeigeführten Unglücken (bspw. terroristische Anschläge) vollzogen werden. Beim KatS handelt es sich um ein situationsbezogenes Einsatz- und Organisationsprinzip, das bei einer „Großschadenslage“ aktiviert wird. In diesem Fall können Kontingente aus Bundeswehr, BPOL, LaPo und in Deutschland stationierten Auslandsstreitkräften angefordert werden sowie Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Rettungsdienste und weitere Hilfsorganisationen (z.B. Deutsches Rotes Kreuz e.V., Malteser Hilfsdienst e.V. und gGmbH etc.) (vgl. ausführlicher Möllers 2006; Möllers 2009:141 f., 148 f.).

Auf Landesebene sind v.a. die LaPo als wichtige Kooperationspartner der BPOL zu nennen (vgl. Groß et al. 2008:20; Lange/Frevel 2008:128 f.; Möllers 2009:137 f., 145). Dies ergibt sich ebenfalls aus der gesetzlichen Regelung zur personellen Unterstützung, aber auch daraus, dass viele Aufgabenbereiche aneinander angrenzen und die Vernetzung im Feld der Inneren Sicherheit aufgrund gemeinsamer IT-Infrastrukturen, entsprechender Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten, gemeinsamer Datenbanken und Informationszentren insgesamt ausgeprägt ist. Als Letztes sind noch Teile der Judikative anzuführen. Die Staatsanwaltschaften sind u.a. mit den Polizeien von Bund und Ländern darüber verbunden, dass Polizeibeamte des mD und gehobenen Dienstes (gD) der BPOL und der LaPo zugleich Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaften sind und von diesen Weisungen empfangen können (vgl. ausführlicher Kastner 2006; Lange 2006a:124 f.; Möllers 2009:138 f., 145 f.).

Außerhalb des Zentralbereichs ist die BPOL verbunden mit Akteuren des politisch institutionellen Umfeldes. Diese beeinflussen über ihre Entscheidungs-, Weisungs- und Kontrollrechte die normativen und rechtlichen Rahmenbedin-

gungen der staatlichen Sicherheitsbehörden im Zentralbereich (vgl. Lange 2000b:243; Lange 2006a:124).⁸

Als Legislative, d.h. gesetzgebende Instanzen sind für die BPOL Bundestag und Bundesrat relevant, deren Ausschüsse für Sicherheitspolitik (Innen-, Rechts- und Auswärtiger Ausschuss) sowie die ihnen zuarbeitenden Bundestagsfraktionen. In diesen wird u.a. über die Kooperation von Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern (bzgl. Kriminalpolizei, Verfassungsschutz und Grenzschutz) entschieden. Aber auch die Landtage und deren zuständige Ausschüsse (v.a. Innenausschuss) sowie die Landtagsfraktionen sind für die BPOL von großer Bedeutung, da das Polizeiwesen und diesbezügliche Regelungen ausschließlich „Ländersache“ sind (vgl. Bukow 2005:45; Lange 2006a:124; Möllers 2009:135). Daraus lässt sich auch das gesetzlich verankerte und kollektiv im Feld der Inneren Sicherheit geteilte Grundprinzip „Polizei ist Ländersache“ ableiten.

Die für die BPOL maßgebliche, übergeordnete Exekutive ist das BMI. Der jeweilige Bundesinnenminister ist immer auch Mitglied des Bundessicherheitsrates, der die Koordinierung der deutschen Sicherheitspolitik übernimmt. Gleichzeitig stellt das BMI eine wichtige Verbindungsstelle zur europäischen und internationalen Ebene dar, da es in entsprechenden Gremien vertreten ist. Seine Aufgaben sind u.a., neben Aspekten der inneren Sicherheit, die Abstimmung der Kooperationen von grenzpolizeilichen Akteuren in der EU, was sich auf Ebene der BPOL in einer deutlichen europäischen Ausrichtung widerspiegelt. Das BMI hat mit seinen Aufgaben und Weisungsbefugnissen eine starke Position inne, kann auf neue Herausforderungen für deutsche staatliche Sicherheitsorganisationen relativ schnell reagieren und kurzfristig bspw. Kräfte der BPOL in Einsätze entsenden (vgl. Möllers 2009:149).

Aus- und fortgebildet werden die Bundespolizisten der BPOL an der Fachhochschule des Bundes und der Bundespolizeiakademie (BPOLAK) mit ihren fünf bundesweit verteilten Aus- und Fortbildungszentren. Die BPOLAK ist zuständig für die Aus- und Fortbildung des mD der BPOL sowie für die Fortbildung des gD und höheren Dienstes (hD) der BPOL. Die Ausbildung von gD und hD der BPOL findet federführend an der Fachhochschule des Bundes statt, ebenso wie die Ausbildungsabschnitte des hD des BKA, die im Zuge der Teilfusion der beiden Behörden zusammengelegt wurden. Zudem ist sie auf nationaler und internationaler Ebene mit anderen polizeilichen Bildungseinrichtungen vernetzt (vgl. Lange 2000b:243; Lange 2006a:124 ff.; Möllers 2009:135; Neidhardt 2006:225 ff.; Peilert/Kösling 2008:581; Schümchen 2006:78 f.).

8 Dabei werden die verschiedenen Politikprogramme und Entscheidungsprozesse an dieser Stelle vernachlässigt, da es sich lediglich um eine Darstellung der Oberfläche des Feldes der Inneren Sicherheit handelt (vgl. ausführlicher z.B. Lange/Frevel 2008; Lange/Gasch 2006).

Über die Akteure des politisch institutionellen Kontextes des Feldes der Inneren Sicherheit hinaus wird die BPOL durch Akteure des korrespondierenden politischen Umfeldes beeinflusst (vgl. Lange 2000b:243). Akteure dieses Bereichs sind v.a. die kollektiven Interessenvertretungen, die im Auftrag ihrer Mitglieder (insbesondere des Zentralbereichs) versuchen, Interessen über die Beeinflussung des ‚politisch institutionellen Umfeldes‘ strategisch durchzusetzen (vgl. Lange 2000b:243; Lange 2006a:125; Möllers 2009:144). Dazu gehören im Wesentlichen die Polizeigewerkschaften, die sich für die Interessen der Angehörigen deutscher (Polizei-)Behörden insgesamt engagieren. Von größter Bedeutung für die BPOL ist die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ist. Eine weitere relevante Gewerkschaft ist die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG), ein Mitglied des Deutschen Beamtenbundes (DBB), in der der ehemalige Bundesgrenzschutzverband (BGV), die dem BGS vormals eigene Vertretungsform, als DPoIG Bundespolizeigewerkschaft aufgegangen ist (vgl. Lange 2000b:243; Lange 2006a:125 f.; Möllers 2009:136). Weitere wichtige Akteure in dem Bereich sind politische Parteien, (v.a. überregionale) Medien und Forschungsinstitute (vgl. Lange 2000b; Lange 2006a:125 ff.; Möllers 2009:136 f.).

Zusammenfassend betrachtet ist die BPOL gegenwärtig stark im Feld der Inneren Sicherheit verankert. Es stellt gewissermaßen den zentralen rechtlichen, normativen und professionellen Orientierungsrahmen der Organisation, ihrer Arbeit und der Kooperation mit anderen Sicherheitspartnern dar. Beim Überblick über das Feld wird ersichtlich, dass die BPOL mit verschiedenen, zum Teil sich widersprechenden Anforderungen und Erwartungen von anderen Akteuren innerhalb des Feldes konfrontiert ist. Die relevanten Sicherheitsthemen, Vorstellungen von einer angemessenen Polizei und deren Arbeit sowie daran ansetzende Entwicklungsrichtungen der anderen Polizeien, die im Feld vorgegeben sind, richten sich dabei immer auch an der sich stetig verändernden Sicherheitslage bzw. Bedrohungslage aus.

2.2 BGS/BPOL im zeitlichen Kontext der Sicherheitslage- und Polizeientwicklung seit 1949

Die Entwicklung des damaligen BGS zur heutigen BPOL ist in einem Zusammenhang mit der Entwicklung der Sicherheits- und Bedrohungslagen der Bundesrepublik Deutschland sowie mit den damit verbundenen Veränderungen anderer deutscher Polizeiorganisationen zu betrachten.⁹ Erst vor diesem Hinter-

⁹ Im Folgenden werden jeweils die dominierenden Sicherheitsthemen einer Dekade aufgenommen. Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, da die zusammenfassende Darstel-

grund werden der Wandel des BGS/der BPOL, des BGSG/BPOLG, des Verständnisses und des Bildes der Organisation nachvollziehbar und im Rahmen der späteren Untersuchung erklärbar.

Im Jahre 1949 ist die Gründung des BGS, als eine kasernierte Verbandspolizei, noch nicht abzusehen. Bis in die 1950er Jahre ist die Situation in der Bundesrepublik in erster Linie geprägt von den Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges sowie den Entwicklungen des Kalten Krieges. In diesen Zusammenhang sind auch die Bestrebungen der Besatzungsmächte einzuordnen, Deutschland in allen gesellschaftlichen Bereichen zu entmilitarisieren, zu entnazifizieren, zu dezentralisieren und zu demokratisieren. Nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 24. Mai 1949 verbleibt das Gewaltmonopol erst einmal in der Hand der Alliierten, so dass die Bundesrepublik zunächst ohne volle staatliche Souveränität ausgestattet ist. Das ändert sich erst im Jahr 1952. Auch die Hoheitsrechte über die Polizei befinden sich in der Zeit bei den Besatzungsmächten, so dass diese entsprechend der oben genannten Zielsetzungen verändert werden (vgl. ausführlicher Busch et al. 1985:59; Groß et al. 2008:15 ff.; Harnischmacher 1986; Lange 1999:76 ff.; Noethen 2003; Wilz 2012:116).

Da sich die Besatzer auf keine einheitliche Veränderungsstrategie einigen, werden die jeweiligen Polizeiorganisationen je nach Besatzungszone unterschiedlich gestaltet. In der sowjetischen Zone entsteht die staatliche Volkspolizei (kasernierte Volkspolizei (KVP) mit ca. 70.000 Mann), in der britischen und amerikanischen Zone werden kommunale Polizeien aufgebaut, was v.a. in der britischen Zone eine Trennung von Verwaltung und Vollzugspolizei zur Folge hat, und in der französischen entstehen erst kommunale, später allerdings zentral organisierte Polizeiorganisationen. Insbesondere in den westalliierten Besatzungszonen sollen dezentrale und entmilitarisierte Polizeiorganisationen aufgebaut werden, die näher am Bürger agieren (vgl. Lange/Frevel 2009:115 f.). Bis Mitte der 1950er wird der Aufbau der Polizeien der Länder weitgehend abgeschlossen. In dem Zuge entstehen die auch heute noch vorhandenen Sparten der v.a. zu späteren Zeiten zunehmend einzeldienstlich¹⁰ organisierten Schutzpolizei

lung lediglich einen Überblickscharakter haben soll. Innerhalb des Textes finden sich Hinweise auf Literatur, die die Thematiken jeweils im Einzelnen aufgreift und ausführlicher darstellt, wofür an dieser Stelle kein Platz ist. Auf die detaillierte Darstellung der Entwicklung des BGS/der BPOL wird an dieser Stelle ebenfalls verzichtet, da sie ein wesentlicher Bestandteil der empirischen Untersuchung ist (s. Kap. 5.1 und 5.2) und dies zu unnötigen Dopplungen führen würde.

- 10 Bei der Polizei werden einzeldienstliche und verbandspolizeiliche Verwendungen unterschieden. Der Einzeldienst ist davon geprägt, dass der einzelne Polizeibeamte (oder die Doppelstreife) Einsätze und damit verbundene Formalitäten (z.B. Erstellung von Strafanzeigen) selbstständig durchführt. Die Polizeibeamten, die bei alltäglichen Einsätzen bspw. Verkehrskontrollen, Passkontrollen oder Einsätzen bei Ruhestörung angetroffen werden, sind in der Regel Einzeldienstbeamte. Sie verrichten darüber hinaus ihren Dienst auf Polizeiwachen. Verbandspolizeiliche Verwendungen sind von Einsätzen im Gruppen-, Zug- oder Hundertschaftsrahmen geprägt.

(SchuPo) und der Kriminalpolizei (KriPo) (vgl. ausführlicher Busch et al. 1985: 59; Groß et al. 2008:15 ff.; Harnischmacher 1986; Lange 1999:76 ff.; Noethen 2003; Wilz 2012:116). Die 1950er Jahre sind auf landespolizeilicher Ebene somit geprägt von der Entwicklung der einzeldienstlichen Polizeien. Diese bekommen neue Polizeigesetze und werden in der Folgezeit verstaatlicht. Auch das BKA wird in dieser Zeit (1951) als KriPo des Bundes gegründet.

Parallel dazu entfaltet der Kalte Krieg seine Wirkung, was u.a. durch die zunehmende Abgrenzung der Ost- und Westmächte voneinander verstärkt wird. Das Ausbrechen des Koreakrieges im Jahr 1950 führt letztlich zu einer Wendung in der Polizeipolitik der Alliierten und der damit verbundenen Polizeientwicklung (vgl. Lange/Frevel 2009:116), was die Ausgangsbedingungen für die Gründung von Bereitschaftspolizeien der Länder, aber auch des BGS darstellt. Die zuvor dominierenden Bestrebungen der Entmilitarisierung und Dezentralisierung sowie mehr Bürgernähe von Polizeiorganisationen mischen sich mit Forderungen der Bundesregierung, allen voran von Konrad Adenauer, nach der Aufstellung von militärisch organisierten Truppen. Gründe dafür werden zum einen darin gesehen, die Bundesrepublik für einen möglichen Krisenfall besser zu rüsten sowie vor neuen Bedrohungen durch die sowjetischen Kräfte und jene der DDR (die KVP) zu schützen (vgl. Gintzel 1987:3; Lange/Frevel 2009:116). Zum anderen wird darin aber auch der Versuch der Bundesrepublik vermutet, nach außen wieder Macht und Souveränität zu demonstrieren (vgl. Busch et al. 1985:59; Haselow et al. 2000:135; Winter 1998:56).

Den Forderungen wird schnell nachgegeben, so dass 1950 erst die Bereitschaftspolizeien als geschlossene Polizeiverbände auf Ebene der Bundesländer und noch im Jahr 1951 schließlich der BGS als eine Polizeitruppe des Bundes aufgebaut werden (vgl. Busch et al. 1985:59; Groß et al. 2008:16 f.; Harnischmacher 1986:204 f.; Lange 1999:79; Liskens/Lange 2000:154). Die Polizeiverbände gelten zu dieser Zeit als Möglichkeiten zur Abwehr potenzieller Übergriffe von sowjetischer Seite und innerer Unruhen aufgrund von „subversive[n] kommunistische[n] Kräfte[n]“ (Busch et al. 1985:60). Sowohl die Bereitschaftspolizeien der Länder als auch der BGS folgen dabei einem polizeilichen Auftrag, treten aber als kasernierte Verbände in Erscheinung, sind militärähnlich ausgebildet, werden im militärähnlichen Stil¹¹ (nach „Befehl und Gehorsam“) geführt und

Polizeiverbände werden in der Regel bei Unterstützungs-, Groß- oder Sondereinsätzen tätig z.B. bei Großdemonstrationen, Fußballspielen oder Castortransporten. Polizeiverbände können auch zur Unterstützung des Einzeldienstes eingesetzt werden. Darüber hinaus sind in Polizeiorganisationen besondere Organisationseinheiten vorhanden. Zu diesen gehören Spezialeinheiten wie die Spezialeinsatzkommandos (z.B. die SEK auf Länderebene oder die GSG 9 auf Bundesebene) (vgl. Groß 2008:22; Winter 1998:14).

11 Unter einem militärähnlichen Führungsstil wird im Folgenden eine Führung mittels „Befehlstaktik“ oder mittels „Auftragstaktik“ verstanden. Das Erstere wird hier als eine Taktik aufgefasst,

sind teilweise schwerer bewaffnet als die einzeldienstlich ausgerichteten Polizeisparten der SchuPo und KriPo (vgl. Busch et al. 1985:60 f.). Damit können sie beim Eintreten eines Krisenfalls als erste Instanz eingesetzt werden, wodurch ein sofortiger Militärschlag verhindert werden soll (vgl. Gintzel 2013:301; Lange/Frevel 2009:116).

In der Aufstellung der Polizeiverbände wird auch ein erster Schritt in Richtung „Remilitarisierung“ Deutschlands gesehen, der mit dem NATO-Beitritt Deutschlands im Jahr 1955 weiter forciert wird und mit der Verabschiedung der „Wehrverfassung“ am 03. März 1956 besiegelt wird. Die anschließende Aufstellung der Bundeswehr wird aus dem Personal des BGS im Jahr 1956 vorgenommen (vgl. Böckenförde 2009:20 f.; Harnischmacher 1986:207; Pötzsch 2006:135 f.; Schildt 1999:26). Aufgrund dieser Mischung der polizeilichen Organisationsformen und Tätigkeiten mit militärisch anmutenden Elementen ist für diese Zeit noch nicht von einer einheitlichen Berufsphilosophie oder eines entsprechenden Bildes zu sprechen (vgl. Haselow et al. 2000:133). Es verwundert kaum, dass sich die Beschreibungen des BGS in der Literatur als militärische, paramilitärische und/oder polizeiliche Einrichtung¹² (vgl. z.B. Dierske o. J. a und b; Liebig 2011; Möllers/van Ooyen 2008:28; Pudlat 2006:79 f.; Wagner 2011:98 f.; Walter

bei der Einzelheiten eines Vorgehens dem Befehlsausführenden vorgegeben werden, um ein angestrebtes Ziel zu erreichen. Bei der „Auftragstaktik“ wird das Ziel formuliert und der Weg dorthin bleibt dem Befehlsausführenden weitgehend selbst überlassen.

- 12 Grundsätzlich bezeichnen die Begrifflichkeiten militärisch bzw. Militär und paramilitärisch bzw. Paramilitär unterschiedliche Sachverhalte, die sich in verschiedenen Darstellungen in der Literatur vermischen können. Da ein differenziertes Verständnis der Begriffe bei der Betrachtung der Entwicklung insbesondere des BGS eine Rolle spielt, werden diese für die vorliegende Arbeit näher bestimmt:

1. Militärisch/Militär: Militärische Organisationen sind staatliche Streitkräfte wie die Bundeswehr. Sie haben den Auftrag, die nationale Sicherheit vor äußeren Gefahren (z.B. Angriffen von außen) zu verteidigen (vgl. Möllers 2003). Dementsprechend sind sie insbesondere für den Verteidigungsfall ausgerüstet (u.a. mit Kriegswaffen wie Panzern), werden militärisch ausgebildet sowie in der Regel nach Befehlstaktik geführt. Die Angehörigen solcher Organisationen sind Soldaten (vgl. Bundeswehr o.J.).

2. Paramilitärisch/Paramilitär: Paramilitärische Organisationen werden in der vorliegenden Arbeit als militärähnlich wirkende Organisationen wie bspw. Milizen oder in früheren Zeiten geschlossene Polizeiverbände aufgefasst. Sie sind nicht zu den o.a. staatlichen Streitkräften bzw. zum Militär zu zählen und können militärische wie auch polizeiliche Merkmale aufweisen.

3. Paramilitärisch/Polizei: In der vorliegenden Arbeit wird der formelle Polizeibegriff verwendet. Er behandelt Polizei als Organisation. Zumindest in der allgemeinen Anwendung des Begriffs Polizei werden insbesondere die Vollzugspolizei (ohne Ordnungs- bzw. Polizeiverwaltungsbehörden) und deren Aufgabenbereiche darunter verstanden (vgl. Mokros 2013:11; Winter 1998:50). Insbesondere für deutsche Polizeiorganisationen ist zu ergänzen, dass Polizei gemäß dem Grundsatz „Polizei ist Ländersache“ bis auf wenige Bereiche der Bundesländer ist (vgl. Frevel 2008:3) und entsprechend auch die Vorstellungen und das Bild von Polizei v.a. von den LaPo geprägt werden (vgl. Haselow et al. 2000:131).

1983) zumindest in Hinblick auf das Bild bzw. das Verständnis, was die Organisation zur damaligen Zeit vermittelt, immer wieder vermischen; Wenngleich in dem Zusammenhang aufgrund der grundgesetzlichen Basis immer von einem polizeilichen Auftrag der Organisation auszugehen ist.

Auch die 1960er Jahre stehen noch unter dem Eindruck des Kalten Krieges, wenngleich sich bereits allmählich Anzeichen einer Entspannung abzeichnen. Die Entspannungspolitik wird in dieser Zeit zu einer wichtigen Komponente der Sicherheitspolitik Deutschlands und der Gewaltverzicht zu einem Instrument der Friedenswahrung (vgl. Schildt 1999:27). Der Bau der Berliner Mauer ab dem 13. August 1961 isoliert die DDR zunehmend von der Bundesrepublik. Darüber hinaus wird die Grenzpolizei der DDR in die Nationale Volksarmee (NVA) integriert. Sämtliche Entwicklungen an der innerdeutschen Grenze wirken sich auch auf die Situation der Verbände des BGS in den innerdeutschen Grenzregionen aus, da sich die Ausgangsbedingungen für Grenzzwischenfälle und die Arbeitssituation der BGS-Kräfte verändern. Die „äußere Entspannung“ wird als ein Grund dafür betrachtet, dass sich der Blick auf die sich wandelnde Situation im Innern der Bundesrepublik richtet. Denn gleichzeitig vollzieht sich bereits ein Wandel auf gesellschaftlicher Ebene, der v.a. Polizeiorganisationen vor neue Aufgaben und Anforderungen stellt. Polizeiliche Großeinsätze gewinnen dabei zunehmend an Bedeutung (vgl. Groß et al. 2008:17; Haselow et al. 2000:135), die zunächst in erster Linie die LaPo vor Herausforderungen stellen.

Ab Mitte der 1960er Jahre entwickelt sich im Zuge gesellschaftlicher Veränderungen nämlich ein neues politisches Bewusstsein der Bevölkerung, das in Protesten und Studentenbewegungen wie der „68er-Bewegung“ seinen Ausdruck findet. Dies wird bereits als Auftakt für tendenziell radikale politische Bewegungen und Bürgerinitiativen innerhalb der deutschen Bevölkerung gesehen. Diese verstärken sich über die 1960er und 1970er Jahre sowohl in ihrer Quantität, was die Zahl an Protesten und Demonstrationen anbelangt, als auch in ihrer Qualität bzgl. einer zunehmenden Gewalttätigkeit der Protestbewegungen (vgl. Kleinert 2008:10 f., 14; Pötzsch 2006:152). Der Beschluss im Jahr 1968, dass alle grundgesetzwidrigen antiparlamentarischen Aktionen gegen Staat, Eigentum und Bürger, d.h. gewalttätige Protestwellen, entschieden bekämpft werden sollen, ist in dem Kontext als eine Reaktion der Regierung auf die Ausschreitungen zu beschreiben (vgl. Kleinert 2008:11; Pötzsch 2006:153). Infolge der innergesellschaftlichen Entwicklungen werden die „Notstandsregelungen“ bzw. -gesetze beschlossen. Dabei handelt es sich um Verfahrensweisen für Notstandsfälle für Deutschland: Verteidigungsfall, Spannungsfall, Katastrophenfall und innerer Notstand bzw. innere Unruhen sowie die Regelung des Verhältnisses von „innerem“ und „äußerem“ Notstand und den dafür zuständigen Repräsentanten, Polizei und Militär (vgl. Busch 1985:62; Lange 1999:82 f.; Pötzsch 2006:150 ff.;

Aus Bundesgrenzschutz wird Bundespolizei
Entwicklung einer deutschen Polizeiorganisation des
Bundes aus organisationssoziologischer Perspektive
Schütte-Bestek, P.
2015, XVIII, 259 S. 3 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-09069-2